



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **IV/2007/06541**  
Datum: 06.06.2007  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.06.2007	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktionen Die Linkspartei. PDS sowie NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Prüfung von vertrags-, betriebs- und arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den kulturellen Einrichtungen**

### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die vertrags-, betriebs- und arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den kulturellen Einrichtungen und Eigenbetrieben (Oper Halle, Staatskapelle Halle, Kulturinsel, Thalia Theater, Konservatorium, Stadtmuseum, Händelhaus, Zoo), insbesondere mit den Leitungen dieser Einrichtungen, den Anforderungen zur Umsetzung der Haushaltsplanung, der Entwicklung eines qualitativ und quantitativ hochwertigen Kulturangebotes im Interesse der strategischen Zielstellung der Stadt Halle (Saale) gerecht werden.

gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion  
Die Linkspartei. PDS

gez. Prof. Dr. Dieter Schuh  
Vorsitzender der Fraktion  
NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE

### Begründung:

Der Stadtrat hat in der Vergangenheit feststellen müssen, dass Beschlüsse des Stadtrates im Bereich der Kultur unvollständig oder gar nicht umgesetzt wurden. Hier seien nur die Gestaltung einer Geschäftsvereinbarung zwischen der Staatskapelle Halle und Oper Halle im Verbund, die Erarbeitung einer „inneren Verrechnung“ zwischen der Staatskapelle Halle und Oper Halle im Verbund erwähnt. Die Probleme mit der Leitung der Staatskapelle Halle in der Vergangenheit sind u. a. mit unklaren Festlegungen der Verantwortungsbefugnisse, durch mangelhafte Kontrolle und eingeschränktem Weisungsrecht begründet worden.

**Die Stellungnahme der Verwaltung lautet:**

In dem jetzt vorzulegenden bbvI-Gutachten zur »Konzentration der nichtkünstlerischen Bereiche verschiedener Kultureinrichtungen in Halle« wurden die mit dem Prüfantrag beider Fraktionen zu untersuchenden Aspekte mitbetrachtet.

Die Verwaltung bittet daher, die mit dem Antrag in Auftrag gegebenen Fragestellungen im Zusammenhang mit den (im Juli, spätestens jedoch im September) in die Gremien einzubringenden Vorschlägen, die aus diesen Untersuchungsergebnissen resultieren, zu erörtern.

Die Verwaltung bittet um Zurückstellung des Antrags.

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin